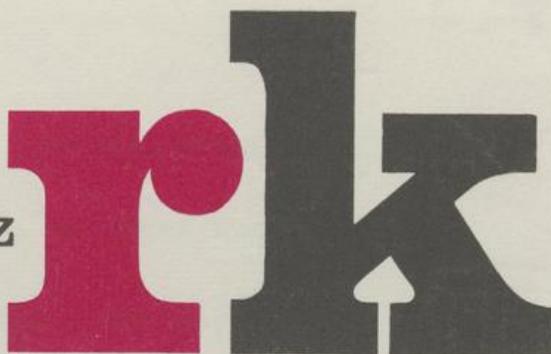


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Donnerstag, 23. Februar 1984

Blatt 393

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

**Kommunal:** Zwei Varianten für Erhaltung der Otto-Wagner-Brücke  
(rosa) Wien zu Kraftwerk Hainburg: noch nicht alle Probleme  
gelöst  
AKH: Hearing über VAMED-Bericht  
Sieben neue Wiener Bürger  
Mayr für aufkommensorientierten Finanzausgleich  
Projektarbeit in der Volksbildung

**Kultur:** "Bürgerkrieg der Propaganda"  
(gelb)

**Nur über FS:** Bei "Rot" über Kreuzung, gegen Straßenbahn gelaufen  
Kinder-UNO: Fasching in Favoriten  
Winterdienst im Großeinsatz  
Konzert im Bezirksmuseum Floridsdorf  
"Menschen und Landschaften" im Bezirksmuseum Döbling

Zwei Varianten zur Erhaltung der Otto-Wagner-Brücke

=++++

2 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Für die Querung des Wientals im Zuge der künftigen U-Bahn-Linie U 6 sowie für die künftige Station Längenfeldgasse gibt es derzeit zwei Varianten, die vor einer endgültigen Entscheidung in den nächsten Wochen noch genauer untersucht werden müssen. Der Weiterbestand der Otto-Wagner-Brücke über die Wienzeile ist aber bereits jetzt gesichert, da beide Varianten die Erhaltung des Haupttragwerkes vorsehen. Dies teilte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Mittwoch nachmittag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Stadtentwicklung und Stadterneuerung mit.#

Eine der beiden Varianten sieht für die Station Längenfeldgasse eine Doppelstocklösung vor, wobei allerdings nicht - wie bei früheren Projekten - U 4 und U 6 in jeweils getrennten Ebenen verkehren, sondern die jeweiligen Richtungsgleise in verschiedenen Ebenen angeordnet werden. Die zweite Variante sieht eine Tiefstation NACH der Längenfeldgasse (zwischen Längenfeldgasse und Storchensteg) vor, wobei die vier Gleise nebeneinander in einer Ebene liegen.

Wie Stadtrat Hofmann erklärte, haben beide Varianten Vor- und Nachteile. Sie sollen nun auf einen vergleichbaren Planungsstand gebracht werden, anschließend wird eine endgültige Entscheidung zu treffen sein. (Schluß) ger/gg

NNNN

"Bürgerkrieg der Propaganda"

Utl.: Ausstellung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek

=++++

4 Wien, 23.2. (RK-KULTUR) "Bürgerdienst der Propaganda. Plakate, Flugblätter und Zeitungen 1933-1938" ist der Titel der derzeit laufenden Wechselausstellung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek.

Die Schau beleuchtet anhand der vehementen propagandistischen Auseinandersetzungen der unterschiedlichen legalen und illegalen politischen Richtungen die Entwicklung Österreichs in diesen Jahren.

Dabei sind sowohl die "offizielle" Seite mit der intensiven Werbearbeit der "Vaterländischen Front" als auch die verschiedenen regimekritischen Bewegungen mit ihren illegalen Flugblättern und Zeitungen vertreten. Neben der Propaganda der linken Gruppierungen wird auch die aggressive Agitation der Nationalsozialisten dargestellt.

Die Ausstellung ist bis Juni von Montag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr auf dem Bibliotheksgang im Rathaus bei freiem Eintritt zu sehen. Ein illustrierter Katalog ist kostenlos erhältlich. (Schluß) gab/ko

NNNN

Wien zu Kraftwerk Hainburg: noch nicht alle Probleme gelöst  
=++++

6 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Das Land Wien hat dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft am 20. Februar die Stellungnahme zum Ansuchen um wasserrechtliche Bewilligung des Donaukraftwerkes Hainburg übermittelt. Darin wird festgestellt, daß das Land Wien zum Projekt des Donaukraftwerkes Hainburg grundsätzlich positiv eingestellt ist, da es die Schiffbarkeit der Wasserstraße Donau verbessert, die Gewinnung einer nicht unbedeutenden Menge elektrischer Energie ermöglicht, den Eintiefungstendenzen der Donau unterhalb Wiens entgegenwirkt und auch Möglichkeiten eröffnet, durch die seinerzeitige Donauregulierung verursachte Schäden am Auwaldgebiet zu beheben.

Zwtl.: Erhaltung des Grundwasserwerkes Lobau unverzichtbar

Aus Wiener Sicht sieht das DOKW-Projekt allerdings bisher keine Maßnahmen vor, die eine qualitativ und quantitativ unbeeinträchtigte weitere Betriebsführung des Grundwasserwerkes Untere Lobau gewährleisten würden. Die Erhaltung der Leistung dieses Grundwasserwerkes (Versorgungsanteil: 20 Prozent) ist für die Stadt Wien unverzichtbar.

Probleme gibt es auch nach wie vor bei der Erhaltung der Wachstumsbedingungen der Zaineth-Au, die möglichst weitgehend in den Hochwasserabfluß einbezogen werden müßte.

Auch die Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Stauerichtung unterhalb der Hauptkläranlage Wien erscheinen noch nicht ganz abgeklärt. In der Stellungnahme der Stadt Wien heißt es zusammenfassend, man erwarte seitens der DOKW rechtzeitig entsprechende, die vitalen Interessen der Bundeshauptstadt Wien berücksichtigende Projektunterlagen. # (Schluß) rö/ko

AKH: Hearing über VAMED-Bericht

Utl.: Vorher eingehende Prüfung durch Beirat

=++++

7 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Bei einer Sitzung der ARGE-AKH, in der die Bundesminister Dr. SALCHER und Dr. FISCHER sowie die Stadträte MAYR und Univ.-Prof. Dr. STACHER vertreten sind, wurde Donnerstag beschlossen, den aus Fachleuten des Bundes, des Wiener Magistrats und der medizinischen Fakultät bestehenden Beirat mit dem ehestmöglichen Abschluß einer Überprüfung des von der VAMED vorgelegten Termin- und Kostenplanes für den Neubau des AKH zu beauftragen. Für diese Prüfung werden dem Beirat alle notwendigen Experten, vor allem die begleitende Kontrolle der VAMED, zur Verfügung gestellt.

Nach Abschluß dieser Prüfung und vor einer Beschlußfassung eines Termin- und Kostenplanes im Wiener Gemeinderat ist beabsichtigt, ein Hearing durchzuführen. Das soll deswegen geschehen, so die Stadträte Mayr und Stacher zur "RATHAUSKORRESPONDENZ", weil die Komplexität der Materie ein Maximum an Information verlange. # (Schluß) sei/gg

NNNN

## Sieben neue Wiener Bürger

=++++

11 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ begrüßte Donnerstag vormittag an der Spitze des Wiener Stadtsenates im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses sieben verdiente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die der Gemeinderat zu Bürgern der Stadt Wien ernannt hat. Der Bürgermeister würdigte die Verdienste der Geehrten um die Stadt Wien.

Bei den Geehrten handelt es sich um die langjährige Präsidentin des Wiener Landtages Maria HLAWKA, die ehemalige Sozialministerin Grete REHOR, den langjährigen Magistratsdirektor Dr. Rudolf ERTL, den ehemaligen Stadtrat Primarius Dr. Otto GLÜCK, den ehemaligen Präsidenten des Wiener Landtages Otto SCHWEDA, den ehemaligen Vorsitzenden des Bundesrates Prof. Dr. Franz SKOTTON und den ehemaligen Volksanwalt und Nationalratsabgeordneten Robert WEISZ.  
(Schluß) rö/gg

NNNN

Mayr für aufkommensorientierten Finanzausgleich (1)

Utl.: Reformvorschlag in Buch "Der geschröpfte Städter"

=++++

12 #Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR schlug Mittwoch abend in einem Pressegespräch eine grundlegende Reform des seit 1979 geltenden und heuer auslaufenden Finanzausgleiches vor. Man sollte, so Mayr, die Einnahmen aus dem Finanzausgleich zunächst nach dem Aufkommen zuteilen und dann in einem Prozeß des Abschöpfens bei den finanzstärkeren Gebietskörperschaften und des Aufstockens bei den finanzschwächeren den sozialen Ausgleich herstellen. Konkret sieht der Mayr-Vorschlag vor, daß alle Länder und Gemeinden deren Aufkommen über 120 Prozent des österreichischen Durchschnitts liegt, die über 110 Prozent liegenden Einnahmen abgeben müßten. Im Gegenzug könnten Länder und Gemeinden, die unter dem österreichischen Durchschnitt liegen, auf zumindest rund 96 Prozent des österreichischen Durchschnitts bei den Ländern und auf zumindest rund 93 Prozent bei den Gemeinden aufgestockt werden. Insgesamt würde der Mayr-Vorschlag den Ländern und Gemeinden Mehreinnahmen von netto rund 4,6 Milliarden Schilling bringen.#

Mayr, der seinen Vorschlag in einem soeben erschienenen, von ihm verfaßten Taschenbuch "Der geschröpfte Städter - die Finanzausgleichsstory" macht, meinte bei der Präsentation, trotz dieses weitgehenden Reformvorschlages strebe Wien einen paktierten Finanzausgleich an, denn "alles andere wäre ein Unglück für Österreich". (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr für aufkommensorientierten Finanzausgleich (2)

Utl.: Länder müßten mehr politische Verantwortung tragen

=++++

13 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die 4,6 Milliarden, die der Bund an die Länder und Gemeinden abgeben müßte, seien eine "zumutbare Forderung", da seit 1979 Verschiebungen in der Finanzausgleichsmasse in der Größenordnung von derzeit jährlich 18,6 Milliarden stattgefunden haben. Von diesen 18,6 Milliarden bekommt der Bund 16,6 Milliarden, weit mehr, als sein Anteil am Gesamtabgabenertrag ausmacht. Der Bund erhält rund 64 Prozent der in Österreich eingehobenen Steuern - umgelegt auf die 18,6 Milliarden an Mehreinnahmen würde der Bundesanteil damit rund 12 Milliarden und nicht 16,6 Milliarden betragen. Durch eine Wiederherstellung des Zustands von 1979 könnten die Verschiebungen in der Finanzausgleichsmasse wieder wettgemacht werden - die Länder und Gemeinden könnten über zusätzliche 4,6 Milliarden verfügen.

Mayr regte an, daß die Länder und Gemeinden in Zukunft eine stärkere Verantwortung für die Erschließung von Einnahmen tragen sollten. Derzeit müsse für viele Entscheidungen, so Mayr, der Bund den Kopf hinhalten, während vor allem die Länder, ohne politische Verantwortung tragen zu müssen, von den Maßnahmen des Bundes profitierten. Er erinnerte daran, daß die Länder zu 96 Prozent ihre Steuereinnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben decken - die Länder segeln hier als stille Teilhaber mit. Es wäre vorstellbar, so Mayr, daß der Bund bei einigen Steuern Senkungen durchführe und dafür den Ländern ein Zuschlagsrecht einräume. (Schluß) sei/gg

NNNN

## Projektarbeit in der Volksbildung (1)

=++++

14 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen eines Pressegespräches, stellte in Vertretung von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER der Leiter der MA 13, Senatsrat Hofrat Dr. FOLTINEK am Donnerstag vier Projekte der Wiener Volksbildung vor.

Die Wiener Volkshochschulen und der Verband Wiener Volksbildung haben, neben ihrer Kurs- und Veranstaltungstätigkeit, zahlreiche Bildungsprojekte entwickelt. Ziel dieser Projekte ist es, an neue Zielgruppen heranzukommen, ihre Bildungsbedürfnisse zu erforschen und neue Bildungsmodelle zu erarbeiten. Bereits bekannt ist das Projekt "Seniorenbildungsquiz", das die geistige Aktivierung älterer Menschen zum Ziel hat und bereits im ersten Jahr seines Bestehens auf breites Interesse gestoßen ist. Weitere Zielgruppen von Projekten sind u.a. Pflegeheimbewohner, Präsenzdienler, Gefangene und Gastarbeiterfrauen. Dazu Dr. Foltinek: "Die Arbeit der Volkshochschulen nimmt man meist als selbstverständlich hin. Doch gerade in einer Zeit der Überflutung mit Bildern und Informationen kommt den Volkshochschulen als Instrument der Aktivierung "enorme Bedeutung zu". (Forts.) emw/ko

NNNN

## Projektarbeit in der Volksbildung (2)

Utl.: Leben in Ottakring - Stadtteilarbeit einer Volkshochschule  
=++++

15 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Die Volkshochschule Ottakring erforschte mit ihren Mitarbeitern das Alltagsleben der Ottakringer Bevölkerung und entwickelte so eine lebende Ausstellung und eine Gesprächsrunde, die vor allem eine Begegnung der Generationen und der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die im Bezirk leben, ermöglicht. Sonderveranstaltungen ergänzten die Arbeit, die auch in einer Broschüre dokumentiert ist.

## Zwtl.: Kreativ-Workshop für Behinderte

Ein Kreativ-Workshop für Behinderte führt das "Bildungszentrum Aktiv" durch. Ziel dieses Seminars ist - neben der künstlerischen Gestaltung - vor allem das Umsetzen von Emotionen sowie eine gegenseitige Hilfe bei der Bewältigung der Lebenssituation als Behinderter.

## Zwtl.: Projekt Rennbahnweg - Jugendklub

Einen Jugendklub führt die Volkshochschule Wien-Nord am Rennbahnweg. Auch hier ist das Angebot kreativer Tätigkeit vielfach der Einstieg zu Gesprächen über persönliche Probleme.

## Zwtl.: Offener Hochschulzugang

Um auch Nicht-Maturanten die Möglichkeit zu geben, durch eine Berufsreifeprüfung den Zugang zu einem Universitätsstudium zu erhalten, gibt es in den Volkshochschulen Ottakring, Wien-Nord und Margareten seit drei Jahren Vorbereitungslehrgänge für die Berufsreifeprüfung. Die positiven Erfahrungen bei diesem Projekt sollen auch auf die anderen Bundesländer übertragen werden. (Schluß)  
emw/gg

NNNN